

Bewegte Zeiten

Beiträge zur Karlsruher Geschichte

Herausgegeben vom Stadtarchiv Karlsruhe
durch Manfred Koch

Mit Beiträgen von Ernst Otto Bräunche, Katrin Dort, Vanessa Hilss, Alexandra Kaiser,
Manfred Koch, Claudia Pohl und Jürgen Schuhladen-Krämer

Inhalt

OBERBÜRGERMEISTER FRANK MENTRUP

Geleitwort 7

MANFRED KOCH

„Denn die Zeiten ändern sich“ –
Das bewegte, lange Jahr 1968 in Karlsruhe..... 9

JÜRGEN SCHUHLADEN-KRÄMER

Gegen Aufrüstung und Krieg –
Friedensbewegung in Karlsruhe während des Kalten Krieges 75

ALEXANDRA KAISER

„Häuser denen, die drin wohnen!“ –
Hausbesetzungen und alternative Wohn- und Kulturprojekte
seit den 1980er Jahren in Karlsruhe..... 133

KATRIN DORT, VANESSA HILSS

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“...? –
Die Neue Frauenbewegung in Karlsruhe 163

ERNST OTTO BRÄUNCHE

„Schon wieder eine neue Zeitung!“ –
Ein Überblick zur Entwicklung der Presselandschaft in Karlsruhe
seit dem 18. Jahrhundert..... 187

CLAUDIA POHL

Einblicke in die Provenienzforschung an der Städtischen Galerie –
Erwerbungen für die Kunstsammlung unter dem Einfluss der NSDAP 217

MANFRED KOCH

Vom Zufluchtsort zur Neuen Heimat –
Flüchtlinge und Vertriebene in Karlsruhe nach dem Zweiten Weltkrieg..... 239

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 277

Anmerkungen 281

Bildnachweis 318

Autorinnen und Autoren 319

MANFRED KOCH

„Denn die Zeiten ändern sich“ – Das bewegte, lange Jahr 1968 in Karlsruhe

Die 68er im Widerstreit der Meinungen

„Das Jahr 1968 gibt es nun bald nicht mehr, aber man wird diese Jahreszahl nicht so leicht vergessen.“ So beginnt Greif, alias der Journalist Josef Werner, am Ende des Jahres seine letzte Wochenendkolumne „Rund um die Pyramide“ in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ (BNN).¹ Josef Werner sollte mit seiner Einschätzung Recht behalten, aber nicht, wie er meinte, weil zum ersten Mal ein Raumschiff, die Apollo 7, den Mond umkreiste. Für die Raumfahrt denkwürdiger war sicher die erste Mondlandung im Juli 1969. Zur denkwürdigen Jahreszahl wurde 1968 jedoch ab etwa Mitte der 1980er Jahre, als für die Protest- und Studentenbewegung von 1967/68 der Begriff 68er-Bewegung geprägt wurde.²

Die Deutungen und die historische Einordnung der Ereignisse jener bewegten Jahre wie ihrer Folgewirkungen für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland lösen bis heute heftige Kontroversen aus.³ Als Beispiel für gereizte Reaktionen sei an die Karlsruher Bücherschau 1994 erinnert: Bei der Eröffnungsveranstaltung wurden Texte der 1960er Jahre vorgetragen, darunter auch solche der 68er-Bewegung. Darauf verließ eine Reihe älterer Besucher unter Protest den Saal. In der Ausgabe, in der die BNN darüber berichteten, findet man auch eine Anzeige: „Freiheit für Lutz Taufer!“⁴ Darin appellierten Schülerinnen und Schüler des Abiturjahrgangs 1964 am Max-Planck-Gymnasium Karlsruhe an die Verantwortlichen, ihren ehemaligen Mitabiturienten Lutz Taufer nach 19 Jahren Haft zu entlassen. Der gebürtige Karlsruher war 1975 an dem Überfall von RAF-Mitgliedern auf die deutsche Botschaft in Stockholm beteiligt gewesen.⁵ Die Instrumentalisierung der 68er als politischer Kampfbegriff verdeutlichen zum Beispiel auch die Behauptungen vom Anfang der 1990er Jahre, die Verbrechen rechtsextremer Gewalttäter seien eine Folge der linken antiautoritären Erziehung der 68er, oder die von Anfang dieses Jahrhunderts, wonach am schlechten Abschneiden deutscher Schülerinnen und Schüler in der Pisa-Studie die 68er die Verantwortung trügen.

Die kontroversen Auffassungen und Deutungen der 68er-Bewegung spiegeln sich 50 Jahre danach noch in den BNN wider. Am 11. Mai 2018 schreibt Udo Stark völlig

undifferenziert alle vermeintlichen oder tatsächlichen Fehlentwicklungen in Familien, Schulen und Universitäten dem „Geist von 1968“ zu, der „über der ganzen Entwicklung wie ein Verhängnis“ schwebe. Ohne dies auch nur ansatzweise zu belegen, beklagt er dann ganz im Sinne der kurz zuvor propagierten „konservativen Revolution der Bürger“⁶ die „Allmacht der Moral“, die auf das Konto der 68er gehe und die „Lösung gesellschaftlicher Probleme dauerhaft blockiert“ sowie „eine ganze Nation ruiniert“ habe.⁷ Am 30. Mai veröffentlichen die BNN dann einen Diskussionsbeitrag von Annette Borchardt-Wenzel, der dem eher ideologie- und populismusaffinen Artikel von Stark eine andere, auf Ergebnisse historischer Forschung gestützte Sicht entgegensetzt.⁸ Sie fragt, „wer will tatsächlich zurück vor 1968?, zurück zum Kuppeliparagrafen, der Prügelstrafe für Kinder, der finanziellen Abhängigkeit der Frauen?“ Der 68er-Bewegung attestiert sie, mitgewirkt zu haben an einem gesellschaftlichen Modernisierungsschub, der mehr Gleichberechtigung, Erziehung zum selbstständigen Denken, Chancengleichheit im Bildungswesen und eine kritische Haltung gegenüber traditionellen Autoritäten und Hierarchien gebracht habe.

Angesichts solcher weit auseinanderliegender, nicht nur in Karlsruhe kursierender Beurteilungen dessen, was der Protestbewegung von 1967/68 an Folgewirkungen zugeschrieben wird, ist zuerst eine genauere Betrachtung der historischen Entwicklung der 1960er Jahre geboten, um zu verstehen, wo sie ihre Wurzeln hatte, was sie vorantrieb. Denn weder setzte die Auseinandersetzung mit den politischen und gesellschaftlichen Zuständen in der Bundesrepublik erst 1968 ein, noch entstand die vielfältige Protestkultur der Jahre 1967/68 mit dem Beginn der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) Ende 1966. Da diese Jugendrevolte nicht auf die Metropolen westlicher Industriestaaten beschränkt blieb, sondern einen mehr oder weniger starken Widerhall auch in den Universitätsstädten in der „Provinz“ fand, werden anschließend die lokalen Ereignisse der Jahre 1967 bis 1969 in Karlsruhe nachgezeichnet. Dieser Zeitrahmen und damit das aus der Perspektive der 68er-Bewegung lange Jahr 1968 in der Stadt resultiert daraus, dass sich im Februar 1967 die APO in Karlsruhe formierte und dass mit der polizeilichen Räumung des Basler-Tor-Turms im Mai 1969 die letzte Bastion der Jugendrevolte aufgelöst wurde. Die Entwicklung und Ereignisse in Karlsruhe werden in drei chronologischen Abschnitten 1967, 1968 und 1969 dargestellt. Innerhalb der chronologischen Teile erfolgt zur besseren Strukturierung eine thematische Gliederung. Einen Eindruck von den vielfältigen, sich teilweise auch überschneidenden und schnell wechselnden Aktivitäten dieser bewegten Jahre soll die Zeittafel am Ende des Kapitels (s. S. 68–74) vermitteln. Abschließend folgt der Versuch, die Frage zu beantworten, ob und inwiefern die 68er-Bewegung erfolgreich gescheitert ist.

Die Karlsruher Stadtgeschichtsschreibung ist bisher auf das Thema der 68er-Bewegung in der Geschichte Durlachs (1996), der Karlsruher Stadtgeschichte (1998) und in einer Plakatausstellung in der Volkshochschule (2002) jeweils nur kurz eingegangen.⁹ Die Darstellungen zur Geschichte der Karlsruher Hochschulen blenden das Thema aus. Eine Ausnahme bildet die Publikation zur Geschichte der Universität.¹⁰ Der Autor kon-

Sammeln der Unterschriften bei jeder Gelegenheit, bei Demonstrationen, Aktionen und Veranstaltungen, in Stadtteilsammlungen und auch im Familienkreis und im beruflichen Umfeld, war also selbst gewichtiger Teil der Aktivitäten. Wegen der besonderen Ausrichtung gegen die westliche Rüstung wurde die Sammlung forciert vor allem von den im KoFAZ vertretenen Gruppen, der DFU, der DKP mit ihren Jugend- und Studentenorganisationen SDAJ und MSB-Spartakus, ebenso der DFG-VK. Anders als die prominenten Grünen-Vertreterinnen und -Vertreter in Krefeld aber beteiligten sich die grünen Basisorganisationen, die NATO wie Warschauer Pakt gleichermaßen ablehnten, weniger an der Unterschriftensammlung. Das traf auch auf die radikalen Linken zu, die wenig vom Sammeln von Unterschriften hielten und auf direkte Verhinderungsaktionen setzten.

Aus Karlsruhe waren bei der ersten Großdemonstration in Bonn 1981 mehrere Hundert, 1982 bereits rund 2.500 Personen mit den damals gebuchten Sonderzügen dabei,⁸⁴ was 1983 abermals gesteigert werden sollte. Die zunehmende Dichte der Proteste und Aktionen hatte die örtliche Basis gestärkt, wie umgekehrt daraus wieder die Massenmobilisierung erklärbar ist.

Gruppen und Aktivitäten in Karlsruhe

Der „Arbeitskreis Karlsruher Friedenstage“ (AKF), der 1976 von gerade einmal drei Menschen zur Organisation der seit 1973 jährlich durchgeführten Friedenswoche im Frühjahr gegründet worden war,⁸⁵ etablierte sich mit dem Entstehen der neuen Bewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss zur ganzjährig arbeitenden Koordination. Wie der Koordinationsausschuss der Karlsruher Arbeitsgemeinschaft der Friedensgruppen in den 1960er Jahren trafen sich Vertreterinnen und Vertreter von Gruppen zur Koordination der verschiedenen Aktivitäten und zur Entwicklung eigener AKF-Aktivitäten. Der AKF war demnach die Bündnisstruktur der Karlsruher Friedensbewegung, an dessen Treffen zwei Mal im Monat, jeweils am zweiten und vierten Dienstag, teils über 30 bis 40 Personen teilnahmen. Gegenüber der „1968er-Zeit“ hatte sich das politische Spektrum der beteiligten Organisationen verändert und wesentlich erweitert, fluktuierete dabei jedoch stärker. Rückgrat waren die DKP mit ihren Nebenorganisationen wie Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und MSB Spartakus, mit Überschneidungen, aber nicht deckungsgleich zu ihr die DFU und die VVN-BdA. Weiter zählten dazu die DFG-VK, ESG, GL und verschiedene alternative Gruppen, Die Grünen, die erst 1982 gegründete Partei Demokratische Sozialisten (DS) und schließlich die sich bis 1983 sprunghaft vermehrenden Friedensgruppen aus Stadtteilen, Betrieben oder Berufsgruppen. Vor dem Höhepunkt der Kampagne im Herbst 1983 waren schließlich etwa 45 Gruppen im AKF präsent.⁸⁶

Seit September 1981 rief ein offener Kreis, dem neben christlich Motivierten auch alternative Aktivistinnen und Aktivisten, ebenso autonome Feministinnen, angehörten,

jeweils am Freitagnachmittag zu einer einstündigen „Schweigestunde für den Frieden“ auf.⁸⁷ Im Oktober des gleichen Jahres bildete sich eine örtliche Gruppe Totalverweigerer, die auch den Zivildienst ablehnte, weil sie kritisierte, dass der Zivildienst im Kriegsfall wehrunterstützend wirke und die Bundeswehr ihn selbst als „unverzichtbaren Bestandteil der Gesamtverteidigung“ bezeichnete. Aus der Gruppe waren es Achim Wossmann und Udo Purgay, der nach zehn Monaten Absolvierung des Zivildienstes total verweigerte. Beide wurden verhaftet und hatten Nachteile in Kauf zu nehmen.⁸⁸ Die Solidarität und Unterstützung für Purgay vor seiner Gerichtsverhandlung im Sommer 1982 lief über viele Monate.⁸⁹ Im Frühjahr bildete sich die Initiative Frauen verweigern Kriegsdienst ohne Waffe, ein Statement gegen Kriegsvorbereitungen jeder Art und Kritik an staatlichen Maßnahmen für den Kriegsfall, in dem Frauen, seinerzeit noch nicht mili-

FRAUEN WEHRT EUCH
verweigert den zivilen Kriegsdienst!

ÖFFENTLICHE VERWEIGERUNG
am 12. JUNI um 11.00
am MARKTPLATZ

ES MACHEN MIT:
FRAUEN GEGEN
MILITARISMUS, DFI,
FRAUEN DER SDAJ,
FRAUEN DER
RUSSEL-PEACE-JNI
U.Ä.

v.l.s.d.r.
Bianca Köhn
Sophienstr. 184
Hilke Striegel
Gabi Zank

INFORMATIONSPABEND am 10. Mai, 20⁰⁰
mit Diaschau und Liedern v. Mitgliedern der GEW-Songgruppe
im Dietrich Bonhoeffer-Haus (Gartenstr. 29a)

Verschiedene Gruppierungen von Frauen machten 1982 ihre Kampagne „Frauen verweigern den zivilen Kriegsdienst“ öffentlich.

KATRIN DORT, VANESSA HILSS

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“...? – Die Neue Frauenbewegung in Karlsruhe

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – dieser Satz, den die sozialdemokratische Abgeordnete Elisabeth Selbert mit außerparlamentarischer Unterstützung überparteilicher Frauenverbände gegen große Widerstände 1949 bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes durchsetzte, legte erstmals die volle Gleichberechtigung von Männern und Frauen verfassungsrechtlich fest. Die Umsetzung einer gleichberechtigten Gesetzgebung gestaltete sich in der Praxis jedoch schwierig: Insbesondere im Familienrecht existierten noch Gesetze aus der Zeit des Kaiserreichs, die der nun verfassungsrechtlich verankerten Gleichberechtigung von Mann und Frau widersprachen. Beispielsweise durfte eine verheiratete Frau bis 1977 nur dann berufstätig sein, wenn ihre ehelichen und familiären Pflichten dadurch nicht eingeschränkt wurden (§ 1356 BGB). Bis in die 1970er Jahre galt auch das sogenannte Schuldprinzip in Scheidungsangelegenheiten, welches für Frauen, die finanziell von ihrem Ehemann abhängig waren, eine Scheidung nahezu unmöglich machte: Bis 1977 durften Ehen nur ausnahmsweise geschieden werden, und das Gericht musste eine schuldige Seite feststellen, die dann in der Regel keinen Anspruch auf Sorgerecht oder Unterhaltszahlungen geltend machen konnte. Wurde eine Frau, die zuvor Hausfrau war, schuldig geschieden, verlor sie somit ihre finanzielle Lebensgrundlage – im Unterschied zum berufstätigen Mann.¹ Das Idealbild des berufstätigen Mannes und der den Haushalt und die Kindererziehung übernehmenden Frau war in der Gesellschaft der 1950er und -60er Jahre stark präsent.

Im Nachgang von 1968 entstanden bundesweit und auf kommunaler Ebene, so auch in Karlsruhe, zahlreiche Initiativen von Frauen, die sich mit der ihnen zugeschriebenen Rolle nicht mehr abfinden wollten. Sie kämpften für die Selbstbestimmung über ihren Körper, die sie insbesondere auch durch den § 218 Strafgesetzbuch (StGB) eingeschränkt sahen, engagierten sich publizistisch und initiierten frauenspezifische Kulturveranstaltungen. Ferner setzten verschiedene Frauengruppen sich für ein autonomes Frauenhaus und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen ein. Die Einrichtung der Stelle einer Frauenbeauftragten, die – nun meist als Gleichstellungsbeauftragte – bis heute in Karlsruhe und zahlreichen anderen Städten existiert, war eine Folge und ein Erfolg des vielschichtigen bundesweiten und regionalen Engagements von Frauen für ihre Rechte.

Der Begriff Frauenbewegung ist kritisch zu betrachten: Zum einen suggeriert er, dass es eine geschlossene Bewegung von Frauen gegeben hätte, zum anderen lässt er vermuten, dass es hierbei ausschließlich um frauenspezifische Interessen gegangen sei. Beides trifft jedoch nicht zu. Es gab sowohl auf bundesweiter als auch auf regionaler und lokaler Ebene eine Vielzahl an unterschiedlichen Frauenorganisationen, die häufig für voneinander abweichende oder entgegengesetzte Ziele kämpften. Zudem waren ihre Ziele nicht auf Themen begrenzt, die nur Frauen betrafen. Frauenorganisationen sprachen auch über Probleme, die unabhängig von Geschlechterdifferenzen bestanden, und Frauen waren, genauso wie Männer, auch in anderen sozialen Bewegungen wie der Friedens- und Ökologiebewegung aktiv.²

Welche Relevanz besaß die Frauenbewegung im Karlsruhe der Nach-1968er-Jahre? Die Ausgangssituation für frauenpolitische Aktionen war in Karlsruhe etwas schwieriger als in anderen Universitätsstädten. Denn anders als beispielsweise in Freiburg, Heidelberg oder Frankfurt gab es in Karlsruhe deutlich weniger Studentinnen, von denen in anderen Städten häufig die Initiative ausging. Dies hing vor allem mit der Technischen Hochschule zusammen, die von wesentlich mehr Männern als Frauen besucht wurde.³ Trotz dieses Umstands spielte Karlsruhe für wichtige Themen der Frauenbewegung eine große Rolle, was vor allem auf die Situierung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe zurückzuführen ist. Vor dem Gebäude des BVerfG wurde unter anderem für die Abschaffung des sogenannten Abtreibungsparagraphen 218 StGB, eine zentrale und auch internationale Forderung verschiedener Frauenorganisationen, demonstriert. Somit wurden auch von Karlsruhe aus lokale und bundesweite Kundgebungen organisiert und bundesweit wurde auf die Entscheidungen des BVerfGs und somit auf Karlsruhe geschaut. Dennoch waren die gesellschaftlichen Strukturen im Karlsruhe der Nach-68er vergleichsweise konservativ – das machte die Situation für engagierte Karlsruherinnen nicht leicht.⁴

Der Einsatz von Frauen für ihre Rechte geht zurück bis mindestens in die Zeit der Aufklärung. Diese Entwicklung auch nur in Kürze darzustellen, würde den Rahmen dieses Beitrags übersteigen. Es wird deshalb auf einschlägige Forschungsliteratur zu dieser Thematik hingewiesen.⁵ Die Geschichte der Frauen in Karlsruhe wurde bisher vor allem vom Anfang des 18. bis Mitte des 20. Jahrhunderts in den Blick genommen.⁶ Im vorliegenden Beitrag wird die sogenannte „Zweite“ oder „Neue Frauenbewegung“ im Mittelpunkt stehen, also der auch im Zusammenhang mit der 68er-Bewegung stehende Kampf der Frauen gegen Einschränkungen und Diskriminierungen in vielen Lebensbereichen. Hier werden vor allem Entwicklungen und Ereignisse in Karlsruhe von den 1970er bis in die frühen 1990er Jahre hinein betrachtet, deren Folgen jedoch oft bis in die Gegenwart reichen.

Die Neue Frauenbewegung führte nicht nur einen Kampf um die rechtliche Gleichstellung der Frauen, sondern es ging ihr auch um die Befragung der Geschlechterverhältnisse insgesamt. Das Ziel der Frauen war, den ihnen zugewiesenen Rollen und Zuschreibungen zu entkommen und eigene Lebensentwürfe zu formulieren. Es entstand